

**Antwort des Staatssekretärs Sven Giegold
vom 6. März 2023**

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die Risiken des Tiefseebergbaus nicht ausreichend erforscht sind und fordert aus diesem Grund eine vorsorgliche Pause (precautionary pause) des Tiefseebergbaus. Forschungsprojekte, wie das Projekt „MiningImpact“ im Kontext der europäischen JPI Oceans Partnerschaft, sind notwendig, um wissenschaftsbasierte Entscheidungen zum Tiefseebergbau treffen zu können.

12. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD)
- Ist es zutreffend, dass die Bundesregierung mit dem Sachwalter der Nord Stream 2 AG über den Erwerb von nicht für den Bau der Pipeline Nord Stream 2 genutzten Röhren für die Anbindung von LNG-Terminals (LNG = Flüssigerdgas) verhandelt (www.welt.de/wirtschaft/plus243975123/Auf-Ruegen-regt-sich-Widerstand-gegen-die-Deutschlandgeschwindigkeit.html)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Patrick Graichen
vom 9. März 2023**

Für den Aufbau des FSRU-Standorts Lubmin (FSRU = Floating Storage and Regasification Unit) ist auch die Einbeziehung von Röhren der Nord Stream 2 AG angedacht. Die Bundesregierung befindet sich diesbezüglich in vertraulichen Gesprächen mit der Nord Stream 2 AG.

13. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung angesichts der militärischen Provokationen bzw. Drohungen der Türkei im Mittelmeer gegenüber Griechenland und Zypern, bei denen U-Boote eingesetzt werden könnten, die von den Vorgängerregierungen erteilten Ausfuhrgenehmigungen für Zulieferungen von Komponenten im Zusammenhang mit türkischen U-Booten (Plenarprotokoll 20/78, Mündliche Frage 35) nach § 7 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen (KrWaffKontrG) zu widerrufen, da nach meiner Auffassung die Gefahr besteht, dass die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden könnten (§ 6 Absatz 3 Nummer 1 KrWaffKontrG), und wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der aktuelle Stand bei der Lieferung (bitte kenntlich machen wie viele davon bereits fertiggestellt wurden) der an die Türkei genehmigten U-Boot-Komponenten des Herstellers thyssenkrupp Marine Systems GmbH (TKMS) aus dem Jahr 2009 (Bundestagsdrucksache 19/22831, Schriftliche Frage 50)?